

Ein Interview mit dem Lehrer Matthias Wietzer aus Linden-Limmer:

Zwölf Jahre Berufsverbot – noch immer keine Rehabilitierung

Der vom Berufsverbot betroffene Lehrer Matthias Wietzer aus Linden-Limmer hat dem türkischen Internetportal „soL portal“ und der Zeitung „Boyun Egned“ ein Interview zum Thema Berufsverbote gegeben. Wir drucken Auszüge daraus.

Wann wurde dein Berufsverbot ausgesprochen und was wurde dir vorgeworfen?

Das Berufsverbot für mich als Grund- und Hauptschullehrer wurde am 1.9.1978 von der Bezirksregierung Braunschweig verhängt. In der Folgezeit durfte ich zwölf Jahre und fünf Monate meinen Beruf nicht mehr ausüben. Mehrere Wochen ließ

migten Werbefläche“ wurde mir noch folgendes vorgeworfen: „Sie waren Teilnehmer an Versammlungen der DKP-Ortsgruppe Cuxhaven. Im Mai 2012 (!) informierte mich das Innenministerium, dass ich 12 Jahre zuvor an einer überparteilichen Veranstaltung in einem hannoverschen Freizeithaus teilgenommen habe, die sich mit den „Verbrechen der NATO in Jugoslawien“ beschäftigte. Zudem registrierten behördliche Zeitungsauswerter und Überwacher, dass ich „aktives Mitglied und Sprecher der Bürgerinitiative ‚Rettet die Stadtbibliothek Limmerstraße‘“ sei.

Wie gestaltete sich dein weiterer Lebensweg?

Ich war fünf Jahre arbeitslos

aus. Seit Februar 2014 befinde ich mich im Ruhestand.

Welche Auswirkungen hatte dieses Verbot für deine persönliche Situation? Ist deine Diskriminierung jetzt beendet?

Die Diskriminierung setzt sich bis zum heutigen Tage fort. Und zwar insbesondere in finanzieller Hinsicht: Meine derzeitige Pension als Lehrer ist erheblich geringer. Mit über 800 Euro brutto monatlich weniger dauert die Benachteiligung an. Das ist offensichtlich eine lebenslange Abstrafung. Zuvor waren die Auswirkungen des Berufsverbotes für meine Familie und mich gravierend. Der Zusammenbruch der Lebensplanung, Unsicherheiten, Arbeitslosigkeit, Geldknappheit, Verleum-

Briefträger, Lokomotivführer und sogar Köche und Lagerarbeiter.

Kannst du uns berichten, wie viele Menschen vom Berufsverbot betroffen waren und möglicherweise noch sind?

Die Berufsverbote wurden am 28. Januar 1972 von den Ministerpräsidenten unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD; Motto „Mehr Demokratie wagen“!) eingeführt. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25 000 und 35 000 „verdächtige“ BewerberInnen. Mehr als 10 000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwa 2 250 BewerberInnen nicht eingestellt und 256 Beamt/innen entlassen. Die



Betroffene fordern 2012 vor dem Bundeskanzleramt in Berlin ihre Rehabilitierung.

eröffnete Ausstellung hat viel Interesse, Lob und Anerkennung gefunden. Aufgrund der starken Nachfrage wurde inzwischen eine zweite Ausstellung angefertigt, sodass künftig in mehr Gewerkschaftshäusern, Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten und kirchlichen Einrichtungen informiert werden kann. Unser Ziel ist es, die von offizieller Seite verdrängte und gelegentlich thematisiert stärker ins öffentliche Bewusstsein und in die Diskussion zu rücken; schließlich geht es darum eine Rehabilitierung zu erreichen, die diesen Namen tatsächlich auch verdient. Wir wollen in einem Land leben, in dem politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen nie wieder Instrumente des demokrati-

schen Rechtsstaates sein dürfen.

Wir danken dir für das Interview, Matthias, und wünschen euch und Dir persönlich viel Erfolg.



Nach fünftägigem Hungerstreik gegen Berufsverbote demonstrieren 1978 Betroffene vor der hannoverschen Oper.

man mich nach dem vorgesehenen Einstellungstermin buchstäblich „in der Luft hängen“ und teilte mir lediglich mit, dass meine „Behördeneinstellungsanfrage“ (Zitat: „Da wird geprüft, ob man in der kommunistischen Partei ist – oder so“) noch nicht vorläge. Nach fast zwei Monaten im Innenministerium Hannover dann zu einer sogenannten Anhörung. Einer Art Gesinnungsverhör: Vorgeworfen wurden mir mehrere Kandidaturen zu Studentenparlamenten auf der Liste des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus, eine Kandidatur bei Kommunalwahlen für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) sowie 1973 eine Spende über 20 DM an die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“. Neben der Plakatierung von Wahlplakaten an einer „geneh-

und musste insgesamt fünf Gerichtsprozesse führen, um als Lehrer eingestellt zu werden. Es folgten relativ kurzfristige Tätigkeiten in der Heimerziehung und als Schularbeitenhilfe. Danach engagierte ich mich insbesondere im kommunalpolitischen Bereich, in den 1980ern konnte ich als Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover übrigens auch über die Einstellung von Beamten mitentscheiden. 1990 erfolgte ein Regierungswechsel. Die neue rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) ermöglichte es, dass die vom Berufsverbot Betroffenen nun endlich im Schuldienst arbeiten konnten. An der Brinker Schule in Langenhagen wurde ich „Beamter auf Lebenszeit“, übte dort in 23 Jahren vielfältige Tätigkeiten und Funktionen



Ratsherr Matthias Wietzer informiert Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1984 im Rathaus Hannover über die Berufsverbote.

dungen und politische Diffamierungen waren damit verbunden. Da wurde eine FDP-Politikerin, die meine Einstellung forderte, in anonymen Anrufen als „Kommunistenkuh“ beschimpft und ein Offizier der Bundeswehr vermutete bei ihr „geistige Defekte“. Solche Vorkommnisse waren durchaus Tagesordnung: „Jagdscenen aus Niedersachsen“ lautete 1979 die Überschrift in der „Deutschen Allgemeinen Sonntagszeitung“ dazu

Wen betrifft dieser „Radikalerlass“ noch? Ich gehe davon aus, dass er nicht nur für Kommunistinnen und Kommunisten gilt.

Die Berufsverbote hatten das Ziel linke KritikerInnen an den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Oppositionelle Kräfte sollten eingeschüchtert, abgeschreckt und in die politische Enthaltsamkeit gedrängt werden. Die verfassungswidrigen Maßnahmen richteten sich nicht nur gegen DKP-Mitglieder und Angehörige anderer kommunistischer und sozialistischer Organisationen, sondern auch gegen Sozialdemokraten, Parteilose, Mitglieder demokratischer Studentenverbände, Gewerkschafter, Antifaschisten und Angehörige der Friedensbewegung. Betroffenen waren nicht nur Lehrer und Hochschullehrer, sondern auch Ärzte, Juristen, Ingenieure, Sozialarbeiter, Krankenpfleger,

Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen. Aktuell ist in Bayern der Zugang zum Öffentlichen Dienst mit dem Ausfüllen eines Fragebogens verbunden, in dem unter anderem die Partei „Die Linke“ und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ als problematische „extremistische“ Organisationen aufgeführt sind.

Welche Ziele verfolgen die Betroffenen jetzt?

Wir verlangen von den Landesregierungen und von der Bundesregierung vollständige Rehabilitierung. Auch über eine materielle Entschädigung wird man sich unterhalten müssen; es gibt Betroffene, die mit ihrer Rente knapp über dem Sozialhilfesatz liegen. Und natürlich muss die Bespitzelung der kritischen politischen Opposition durch den „Verfassungsschutz“ endlich gestoppt werden.

Ihr habt eine Wanderausstellung organisiert. Was wollt ihr damit erreichen?

Sechs vom Berufsverbot betroffene LehrerInnen aus Niedersachsen haben jetzt mit Unterstützung mehrerer Gewerkschaften und der Rosa Luxemburg Stiftung eine bundesweite Wanderausstellung mit 20 Tafeln erstellt, die den Namen „Vergessene“ Geschichte: Berufsverbote – Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland hat. Die kürzlich

Gerd-Michael Urbach
Sozialpsychologe

- Supervision
- Coaching
- Teamentwicklung
- Persönliche und berufliche Weiterentwicklung

T. 0511 979 18 94
urbach@rubicon-online.de
www.rubicon-online.de

STEMPEL & KOPIERZENTRUM LINDEN

Digitaldruck in Offsetqualität
Großformate bis DIN A0
Scan, Druck, Weiterverarbeitung

Öffnungszeiten
Mo-Fr: 8:30-18:30 | Sa: 9:00-13:00

Kötterholzweg 26
30451 Hannover
Tel 0511 / 44 79 01

Seniorenzentrum Godehardstift

Wir pflegen Menschlichkeit.
Seit über 100 Jahren.

Posthornstraße 17, 30449 Hannover,
Telefon 0511 · 4504-0

www.conradi-bestattungen.de
info@conradi-bestattungen.de

Selbsthilfe Linden eG
Wohnungsgenossenschaft

Deisterstr. 69, 30449 Hannover,
Tel. 45 44 44 Fax. 590 282 – 69
info@selbsthilfe-linden.de

Bürozeiten
Dienstag 14 – 16 Uhr
Mittwoch 10 – 12 Uhr
Donnerstag 16 – 18 Uhr

Zu unseren Bürozeiten können Sie jederzeit vorbei kommen. Termine außerhalb der Bürozeiten sind telefonisch zu vereinbaren.

genossenschaftlich wohnen

Tabak • Papier • Getränke
Büro- u. Schulbedarf
Lotto • Ustra • Zeitschriften
Briefmarken • Telefonkarten

Alles in großer Auswahl
vorrätig!

seit 1929

Fritz Kivelitz
Posthornstr. 30
Nähe Lind. Markt • Tel. 44 53 80

VerteilerIn gesucht!

Der Lindenspiegel sucht zuverlässige VerteilerInnen für Linden-Mitte.
Tel.: 1234 116
E-Mail: redaktion@lindenspiegel.eu

Bestattungsinstitut
Conradi
30451 Hannover
Albertstraße 9
Tag und Nacht Tel. 44 41 41

Fotokopien • Bindungen • Offsetdruck
FOSSE DRUCK

Diplomarbeiten schnell Service
Qualitätsbindungen
Digitaldruck usw.....

www.foessedruck.de
info@foessedruck.de

Fössestraße 14 - 30451 Hannover
Tel.: (0511) 44 22 43
Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 9.00 - 18.00
durchgehend geöffnet



Auch vom „Verfassungsschutz“ ausgespät? Für die „Bürgerinitiative gegen die Schließung der Stadtbibliothek Limmerstraße“ übergibt Matthias Wietzer (links) 2008 gemeinsam mit dem Kabarettisten Dietrich Kittner (rechts) Unterschriften an Oberbürgermeister Stephan Weil.